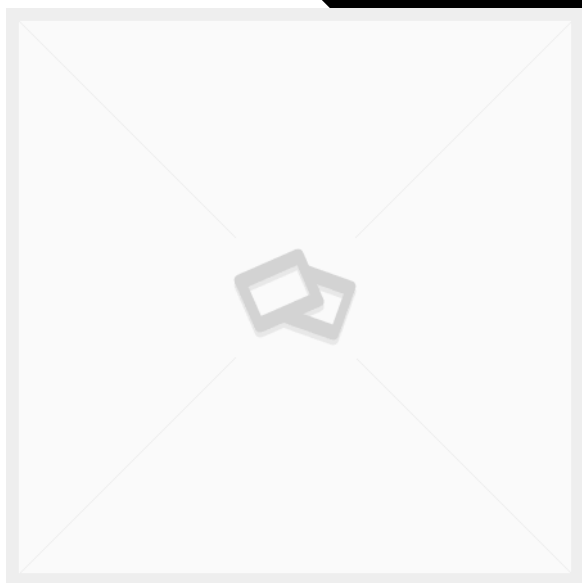


KEINE EINFÜHRUNG VON ZWANG BEI DER BILDUNG VON VERWALTUNGSGEMEINDEN



Entlicht am 29. April 2006

[Beschlüsse](#), [Einheitsgemeinden](#),
[Finanzen](#) [Kommunen](#), [Verwaltung](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die FDP lehnt die flächendeckende zwangsweise Bildung von Verwaltungsgemeinden ab, denn sie schwächt das ehrenamtliche Engagement vor Ort.

Effizienz und Bürgernähe bleiben für die Zukunft einer kommunalen Strukturveränderung. Die FDP hält die Einheitsgemeinde für effizienter und zukunftsfähiger als die Verwaltungsgemeinschaft mit ihren Mitgliedsgemeinden. Bürgerwillen, Identität und ehrenamtliches Engagement sind bei der Gestaltung von gemeindlichen Strukturen zu berücksichtigender Raum finden. Eine zwangsweise Einführung von Verwaltungsgemeinden ist als letzte Möglichkeit in wenigen differenzierten Fällen im Sinne des übergeordneten Gemeinwohls erfolgen.

Die zwangsweise Bildung von Verwaltungsgemeinden führt darüber hinaus zur Aufhebung der bereits gebildeten Verwaltungsgemeinschaften und damit zur Entlastung der Verwaltungsamtsleiter für die Dauer ihrer Amtszeit. Die kommunalen Kassen zusätzlich belastet.